

Adresse Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel
Telefon 0431 988 1309
Telefax 0431 988 1308
E-Mail h.zwischenberger@spd.ltsh.de
Webseite www.spd-fraktion-sh.de

PRESSEMITTEILUNG 189 - 23.10.2025

Martin Habersaat:

"Schlechter als früher" wird heute nicht besser durch weniger Unterricht

Zu den Ergebnissen des IQB Bildungstrends 2024 für Schleswig-Holstein sagt Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:

"Das Urteil des IQB ist nicht misszuverstehen: "In allen vier Fächern werden die Regelstandards seltener erreicht und die Mindeststandards häufiger verfehlt als in den Jahren 2012 und 2018." Alle 16 Bundesländer seien von diesem negativen Trend betroffen, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Was das für Schleswig-Holstein heißt, zeigt ein Blick in den Bericht:

In Schleswig-Holstein erreichten 2012 5,4% der Neuntklässler:innen nicht die Mindeststandards für den Einfachen Schulabschluss (ESA) in Mathe; 2024 ist diese Zahl auf 6,2% gestiegen.

Ähnlich sieht es bei den Mindeststandards zum MSA in Mathe aus: erreichten 2012 23,4% der Neuntklässler:innen den Mindeststandards nicht, also weniger als ein Viertel, sind es 2024 bereits 29,8%, also fast ein Drittel der Neuntklässler:innen. Diese Zahlen aus kann man sich schönreden, indem man sie lieber mit dem höheren Bundesschnitt vergleicht, dennoch bleibt es dabei, dass sich die Zahlen in Schleswig-Holstein deutlich verschlechtert haben.

Solche Ergebnisse drohten sich bereits im letzten Herbst an: damals ist fast die Hälfte der Schüler:innen beim MSA in Mathe durchgefallen, beim ESA war es ein Drittel der Lernenden; selbst beim Abitur erreichte knapp ein Viertel der Schüler:innen Punktzahlen in Mathe, die als durchgefallen gelten. Die Opposition hat damals kurzfristig wirkende Maßnahmen als Reaktion auf das Mathe-Debakel 2024 vorgeschlagen, die in der anschließenden schriftlichen Anhörung ausdrücklich auf Grund ihrer kurzfristigen Wirkung hervorgehoben wurden, doch schwarz-grün stimmte gegen den Antrag. Leider.

Und es wird nicht besser: Die Günther-Regierung hat im Zuge der Haushaltskonsolidierungen die Kontingentstundentafel in der Sekundarstufe I gekürzt, wozu auch eine Stunde weniger Naturwissenschaften in den Klassen 5-10 gehört. Dabei stieg der Anteil der Neuntklässler:innen, die die Mindeststandards im Fach Biologie für den MSA nicht erreichten, von 4,1% im Jahr 2012 auf 6,1% auf 2024 im Bereich Fachwissen, von 6,4% auf 9,1% im Bereich Erkenntnisgewinn. Im Fach Chemie stieg der Anteil im gleichen Zeitraum von 12,1% auf 19,3% im Bereich Fachwissen und verdoppelte sich von 7,0 auf 14,4% im Bereich Erkenntnisgewinn. Im Fach Physik stieg der Anteil währenddessen von 5,0% auf 12,6% im Bereich Fachwissen und von 4,9% auf 6,8% im Bereich Erkenntnisgewinn. An der Studie haben zufällig ausgewählte Klassen im 9. Jahrgang teilgenommen. Es ist anzunehmen, dass dieser Trend bergab im ganzen Land festzustellen wäre.

Besonders schlecht schneiden in Schleswig-Holstein Kinder mit Migrationshintergrund ab. Das ist für diese Kinder genauso dramatisch wie für eine Gesellschaft, die auf qualifizierten Nachwuchs angewiesen ist. Dabei liegt der Anteil von Zuwandererkindern in Schleswig-Holsteins 9. Klassen bei 19 Prozent. Das ist der niedrigste Wert aller westdeutschen Bundesländer. Zum Vergleich: In Hamburg, das bildungspolitische Erfolge feiert, sind es 35 Prozent. Es liegt auf der Hand, dass es eine bildungspolitische Bankrotterklärung von CDU und Grünen war, in dieser Situation ausgerechnet im DaZ-Bereich (Deutsch als Zweitsprache) zu kürzen und die Lerngruppen auch hier zu vergrößern. Weniger Unterricht in größeren Klassen – da graust es einem vor künftigen Bildungstrends.



Solange Bildung keine Priorität der Regierung wird, werden wir weiterhin einen hohen Anteil an Schüler:innen in Schleswig-Holstein haben, die die Mindeststandards in Mathe und Naturwissenschaften nicht erreichen. Dabei endet die Misere schlechter Leistungen, schlechter Noten, Ängste und Scham nicht mit dem Erreichen eines Schulabschlusses, wenn der denn klappt. Mit größerer Wahrscheinlichkeit hat man Probleme in der sich anschließenden Ausbildungsphase und einen geringeren Verdienst im Job. Das können und wollen sich weder die Eltern und Schüler:innen leisten, noch die Wirtschaft oder die Gesellschaft und erst recht nicht das Land."